

# wadi NEWS

ZEITSCHRIFT FÜR DEMOKRATIE UND SOLIDARISCHE ZUSAMMENARBEIT



SCHWERPUNKT:

## MINDERHEITEN UND DOMINANZKULTUR

IM NAHEN OSTEN

Ummah und Millet: Zum Minderheiten-  
begriff im Nahen Osten

Der Kampf um Anerkennung: Türkei

Schützt Engel Pfau vor Terror? Irak

Zwischen Regime und Opposition: Syrien

gefördert durch die  
Österreichische  
Entwicklungszusammenarbeit

## EDITORIAL

Voreinem halben Jahr erschien die Nummer eins der Wadi-News zum Thema „Frauen im Irak“. Für die vorliegende zweite Ausgabe unseres Vereins-Blattes gestaltete sich die Findung eines Sammelbegriffes schwierig: Es geht diesmal schwerpunktmäßig um so genannte Minderheiten. Um religiöse oder ethnische, politische und viele weitere Minderheiten, die unter der nationalistischen Politik der jeweiligen Regierungen (oder Diktaturen) im Nahen Osten leben und die, oft von machtpolitischen Intentionen unterschiedlicher Gruppierungen, Warlords und Regierungen an die Wand gedrängt, um ihr Überleben kämpfen müssen. Neben länderspezifischen Beiträgen (Türkei, Irak, Syrien) gibt es eine allgemeine historische Einführung ins Thema „Ummah und Millet“ als historisches Minderheitenkonzept im Islam, sowie außerhalb des Schwerpunktes Kurzmeldungen über unsere Aktivitäten, eine Projekt-Beschreibung, Buch- und Zeitschriftenempfehlungen und, auf der letzten Seite, einen Beitrag, der sich mit dem rassistischen Wahlkampf in Österreich beschäftigt. All die Beiträge können höchstens Denkanstöße darstellen und erheben natürlich nur darauf Anspruch. Wadi-News sind kein Theorieorgan, sondern eine 12-Seiten-Zeitschrift, mit der wir halbjährlich einer interessierten LeserInnenschaft berichten wollen, welche Projekte Wadi zur Zeit durchführt und welche Themen uns beschäftigen. Wer Lust auf mehr bekommen hat, die/den laden wir herzlichst ein, auf eine unserer Informationsveranstaltungen zu kommen, derer es im Winter/Frühling 2006/2007 wiederum etliche geben wird. Die Termine sind auf unserer Website, [www.wadinet.at](http://www.wadinet.at) zu finden. Sollten Sie kein Internet benutzen, sind wir jederzeit telefonisch erreichbar: 0699-11365509. Und an dieser Stelle wiederum ein herzliches Dankeschön, zor zor supas, teşekür ederim an all jene, die uns unterstützen, sei es durch Spenden, durch Projekt-Finanzierungen, durch Ideen und Tipps und – wie sich in den letzten Monaten besonders gezeigt hat – durch die Mitarbeit als Wadi-AktivistInnen. Shukran!

Mary Kreutzer



**Radio Dangi Nwe Halabja goes Bollywood** – Die MitarbeiterInnen des von Wadi geförderten Community-Radios Dangi Nwe für Frauen und Jugendliche in Halabja initiierten im Sommer 2006 die Synchronisierung des Films „Bollywood: Mein Herz schlägt auf Indisch“, an der über 70 Jugendliche aus Halabja teilnahmen. Im August 2006 wurde die kurdische Version des bekannten Bollywoodfilms vollendet und steht seitdem ganz oben auf der Hitliste lokaler Jugendlicher, die engagiert über die Stellung der Frauen, Liebe und soziale Gerechtigkeit diskutieren. (siehe auch Artikel nebenan)

**Wadi Garmyan wird zur unabhängigen lokalen NGO** – Im Sommer 2005 eröffnete Wadi in enger Kooperation mit lokalen NGOs das „Garmyan Women Center“ im nordirakischen Kifri. Angeboten wird seitdem u.a. ein Programm aus Alphabetisierungs-, Computer- und Sprachkursen. Die frauengeführten mobilen Teams des Frauenzentrums sind Pionerteams der Wadi-Kampagne gegen weibliche Genitalverstümmelung im Nordirak. Nach der erfolgreichen Startphase wurde Wadi Garmyan im September 2006 zur unabhängigen lokalen NGO.



**Unterstützung für politische Häftlinge** – Bei Protesten im kurdischen Nordirak wurden im Juli und August 2006 über 200 DemonstrantInnen festgenommen. Hunderte von Menschen hatten in der Region Garmyan sowie in den Großstädten Arbil und Suleymaniah gegen Korruption und gegen ihre eigene Regionalregierung demonstriert, nachdem sich die Stromversorgung drastisch verschlechtert hatte und die Preise explodiert waren. Die Menschen waren im Juli und August tagelang an Tankstellen angestanden, um einen Tropfen Benzin von den staatlichen Tankstellen zu bekommen, dessen Preis von 9 Cent auf 2 Dollar pro Liter gestiegen war. Die kurdische Regionalregierung reagierte mit Repression. Hunderte DemonstrantInnen, darunter auch Journalisten und Anwälte, wurden wochenlang ohne Verfahren unter unmenschlichen Bedingungen in Haft gehalten. Wadi initiierte die Gründung der lokalen NGO DHRD (Democracy and Human Rights Development Organization) zur Unterstützung der Gefangenen. Durch ihre Beteiligung an Verhandlungen mit Vertretern der Regionalregierung konnte so Mitte August die Freilassung eines Großteils der Inhaftierten veranlasst werden.

**Ilisu-Staudamm verhindern!** – Das österreichische Unternehmen VA Tech Hydro hat mit dem Bau des 135m hohen Ilisu-Staudamms in Türkisch-Kurdistan begonnen, der zur Vertreibung von 12.000 AnwohnerInnen führen wird. 60.000 BäuerInnen verlieren ihr Land. Neben einer Reihe anderer NGOs protestierte auch Wadi gegen den Bau.



**Kampagne gegen Weibliche Genitalverstümmelung (FGM)** – In einer ersten Umfrage über die Verbreitung von FGM in der nordirakischen Region Garmyan, die von irakischen Wadi-Mitarbeiterinnen 2004 durchgeführt wurde, stellte sich heraus, dass mindestens 60% der Frauen und Mädchen genital verstümmelt sind. Ab Mitte 2007 starteten die mobilen Wadi-Teams nun eine breit angelegte Aufklärungskampagne in verschiedenen Regionen des irakischen Nordens. Sie zeigen einen Aufklärungsfilm über die schädlichen Folgen von FGM, der zur Diskussion und zum Umdenken anregen soll und bieten Hilfestellungen. Eine umfassende Studie zum Thema soll innerhalb der nächsten drei Jahre erstellt und veröffentlicht werden.



# RADIO DANGI NWE

## WADI UNTERSTÜTZT EIN RADIO-PIONIERPROJEKT IN HALABJA

*Junge Frauen und Männer aus Halabja sind seit einem Jahr live on air. Mittels eines parteiunabhängigen Community-Radios sprechen sie gesellschaftskritische Themen an und senden moderne Musik auf Kurdisch, Arabisch, Englisch und Farsi.*

Über drei Jahre ist es nun her, seit das Ba'th-Regime gestürzt wurde. Seit damals entstand für Frauen und Männer im Irak erstmals ein Freiraum, der trotz des anhaltenden Terrors und der traditionell patriarchalisch geprägten Gesellschaftsstrukturen in einigen Gebieten des Landes von der Zivilbevölkerung genutzt wird. Zum Beispiel von jenen Jugendlichen im nordirakischen Gebiet von Sharasur, Halabja und Hauraman, die mit dem FM-Sender Dangi Nwe (Neue Stimme) ein einzigartiges Projekt umsetzen: Sie gründeten ein parteiunabhängiges Community Radio.

Die Regionalregierung, religiöse Führer und diverse Parteien sind aus den inhaltlichen, personellen und strukturellen Entscheidungen des Radios ausgeschlossen. Wadi unterstützt das Radioteam sowohl technisch als auch finanziell. Thematisch beschäftigt sich der Sender mit den Problemen von Frauen und Jugendlichen. Die Radiocrew will dadurch ein Bewusstsein für die Notwendigkeit von Frauenrechten sowie Verständnis für die Jugend schaffen und Frauen ein öffentliches Forum bieten. Das Radio bietet seinen HörerInnen eine Mischung aus Nachrichten, Aufklärung, Information und Unterhaltung an.

Der Sender besteht zur Zeit aus sechs MitarbeiterInnen im Alter von 19 bis 28 Jahren. Sie sind allesamt Überlebende des Giftgasangriffs Saddam Husseins auf Halabja im Jahr 1988 und teilen das Trauma von Tod und Vertreibung, Flucht und Exil, Rückkehr und Internierung in Collective Towns. Die Radioredakteurin Zhihan erinnert sich an den April 2003, als das verhasste Regime stürzte: „Eines steht fest: In diesem Jahr hat sich alles in meinem Leben verändert.“ Im Jahr 2000 musste sie die Schule abbrechen, weil sie sich geweigert hatte, ihr Haar zu bedecken. Die Islamisten in Halabja dominierten die Schulen und drangsalierten Mädchen, die das Kopftuch verweigerten oder dieses anders als „vorschriftgemäß“ trugen. Aus ähnlichen Gründen hat auch sonst niemand im Radioteam einen Schulabschluss erreicht. Ein weiterer Redakteur von Dangi Nwe, Jahandin, verließ die Schule, da er seinen Vater durch den Gasangriff verloren hatte und somit für seine Familie verantwortlich war. Heresch wiederum brach die Grundschule ab, nachdem das Schulgebäude bombardiert wurde. Wie viele KurdInnen hatten die Eltern Angst, ihre Kinder täglich diesem Risiko auszusetzen.

Analphabetismus ist im Nordirak auch unter der heutigen Jugend weit verbreitet, wobei es regional sehr unterschiedliche Zahlen gibt. Halabja ist aufgrund seiner Geschichte einer jener Orte, der besonders viele AnalphabetInnen und verfrühte SchulabgängerInnen hat.

Ein Radio ist daher das geeignete Medium, um den Men-

schen die Chance zu geben, ihr Recht auf Meinungsäußerung und Bildung in Anspruch zu nehmen. Auch die entlegenen Regionen können so erreicht werden.

Im Jahr 2003 entwickelte sich innerhalb kurzer Zeit eine pluralistische Medienlandschaft, die im Nahen Osten ihresgleichen sucht. Heute erscheinen Hunderte von Tageszeitungen, etliche neue TV- und Radiostationen nahmen den Betrieb auf. So entstand im Halabja Women Center die Idee, einen parteiunabhängigen Radiosender zu gründen. Heute erhält das Radio über ein Wadi-Projekt Unterstützung von der Stadt Wien und von der OEZA.

„SO ETWAS HAT ES HIER NOCH NIE GEGEBEN“, meint Queisar, „einen unabhängigen Sender, der zivilgesellschaftliche Strukturen schafft und unterstützt!“ Unter dem Ba'th-Regime und später unter den Islamisten waren unabhängige Radioprojekte nicht erlaubt. „Das Radio soll helfen, diese Verspätung, all die verlorene Zeit wieder aufzuholen“, erklärt Queisar. „Es soll zum Symbol einer neuen Generation werden.“



*Wadi Österreich zu Besuch bei den RadiomacherInnen von Dangi Nwe in Halabja, April 2006*

Der Schwerpunkt liegt daher auf Themen wie Umgang mit Behinderungen, Gewalt an Frauen, Gesundheit, Sexualität, dem rechtlichen Status der Frauen und dem Kampf gegen Vorurteile.

60 % der irakischen Bevölkerung sind Jugendliche. Daher ist es zur Sicherung einer friedlichen Zukunft entscheidend, gerade bei ihnen das Verständnis für demokratische Institutionen und Vernetzung durch Eigeninitiative zu schaffen. Erfan möchte Toleranz und Verantwortungsbewusstsein fördern. Das Radio soll Frauen helfen, aus dem gesellschaftlichen Gefängnis zu entfliehen. „Das Radio ist für viele Frauen die einzige Bildungsmöglichkeit“, erklärt Hero.

Auf Ablehnung seitens der Parteien, aber v. a. aus den Reihen traditioneller Bevölkerungsschichten ist das Radioteam gefasst. Zhihan berichtet: „Ein gemischter Arbeitsplatz wird hier als ‚schlechter Ort‘ und Frauen, die sich dort aufhalten als ‚schlechte Mädchen‘, bezeichnet.“ Doch die MitarbeiterInnen wollen sich nicht einschüchtern lassen.

.....  
Mary Kreutzer (Wadi Österreich) und Sandra Strobel (Wadi Deutschland)



# UMMAH UND MILLET

## ZUM MINDERHEITENBEGRIFF IM NAHEN OSTEN

*Der Umgang mit ethnischen und religiösen Minderheiten im Nahen Osten ist einerseits noch teilweise vom Konzept der Ummah und der Schutzbefohlenheit für religiöse Minderheiten und andererseits vom Nationalismus geprägt.*

Der islamische Universalismus geht seit der Verkündigung der Religion durch den Propheten Mohammed in Mekka und Medina davon aus, dass alle Gläubigen unabhängig von ihrer Muttersprache oder Hautfarbe Angehörige der islamischen Ummah (Gemeinschaft) darstellen. Das Konzept der Ummah unterscheidet sich dabei von jenem des europäischen Nationalismus – insbesondere des deutschen „völkischen“ Nationskonzept – durch die Möglichkeit, durch Konversion dem Islam beizutreten und nicht durch Abstammung (deutsches Nationskonzept) oder Geburtsort (franz. Nationskonzept) einer feststehenden Nation anzugehören. Allerdings existierte in diesem Konzept nur die Möglichkeit der Konversion in eine Richtung, nämlich der Bekehrung zum Islam. Auf den Abfall vom Islam steht in den meisten islamischen Rechtsschulen die Todesstrafe. Zudem wurde das islamische Gleichheitskonzept aller Angehörigen der Ummah in der Realität rasch unterlaufen und existierte eigentlich nur noch als Anspruch v. a. in kleinen dissidenten Sekten wie den KharadjitInnen weiter. Im sunnitischen Islam setzten sich bald wieder vorislamische Dynastien durch. Die Ummah existierte so in der sozialen Realität eher als Anspruch denn als reales gesellschaftliches Bezugssystem. Die „Gemeinschaft der Gläubigen“ spielte v. a. dort eine Rolle, wo es um die Abgrenzung gegen nichtmuslimische Minderheiten ging, deren Angehörige – so ihre Religion wie Judentum und Christentum den Status einer Buchreligion hatte und nicht als Heidentum galt – den Status von Dhimmis („Schutzbefohlenen“) inne hatten und damit als Minderheiten mit geringeren Rechten und Pflichten galten. Die ihnen entgegengebrachte Toleranz musste mit einer kollektiv aufgebrachten Kopfsteuer erkaufte werden.

Diese Situation, die zwar deutlich besser war als der zeitgleiche Status nichtchristlicher Minderheiten in Europa, aber eben keinesfalls mit einem seit der französischen Revolution in Europa verbreiteten bürgerlichen Gleichheitskonzept verglichen werden kann, prägte auch den Status nichtislamischer Minderheiten im Osmanischen Reich, das seit dem 16. Jahrhundert auch die arabischsprachigen Gebiete des Nahen Ostens bis an die Grenze des persischen Safawidenreiches regierte. Das Osmanische Reich systematisierte den Status der Dhimmis als System der „Millet“, wobei es sich aus osmanischer Sicht v. a. um eine fiskalische Angelegenheit handelte, die entsprechend verwaltungstechnisch umgesetzt wurde. Im Osmanischen Reich kennen wir als frühe „Millet“ griechisch-orthodoxe, armenische und jüdische Gemeinschaften, später folgten noch weitere christliche Kirchen. All diese Millet waren damit deckungsgleich mit religiösen Minderheiten und waren nur dort mit sprachlichen Minderheiten identisch, wo sich sprachlich (und später national) begriffene Minderheiten mit religiösen Minderheiten deckten (z. B. ArmenierInnen, GriechInnen).

Sprachliche oder kulturelle Minderheiten mit islamischer Religion spielten dabei jedoch keine Rolle, sondern wurden als gleichberechtigter Teil der islamischen Reichsbevölkerung gesehen, unabhängig davon, welche Sprache sie sprachen.

Im 19. Jahrhundert geriet das Osmanische Reich aufgrund seiner Reformunfähigkeit in eine schwere ökonomische und politische Krise. Obwohl davon die gesamte Bevölkerung betroffen war, bildeten die bäuerlichen Nichtmuslime das schwächste Glied in der Kette, da sie sich militärisch gegen die Übergriffe der Verwaltung oder ihrer muslimischen NachbarInnen nicht zur Wehr setzen konnten. Für sie gab es nur zwei Möglichkeiten, das Überleben zu sichern: eine Übersiedlung in sicherere Städte oder ein Hilfesuch an europäische Mächte zum Zwecke des militärischen Schutzes. Daraus entwickelten sich die so genannten „Kapitulationen“, auf westlichen Druck zustande gekommene Sonderrechte für nichtmuslimische Minderheiten, die unter den Schutz europäischer Mächte gestellt wurden, was wiederum den aufkommenden türkischen Nationalismus aufheizte, der sich an europäischen Vorbildern orientierte. Der sich in der Partei der „Jungtürken“ sammelnde Nationalismus, in dem sich zunehmend VertreterInnen eines



*Kakei in Hawar, Nordirak*

aggressiv-völkischen Nationalismus durchsetzten, führte während des 1. Weltkriegs schließlich zum Genozid an armenischen und assyrischen ChristInnen, wobei insbesondere gegen die ArmenierInnen ähnliche Stereotype verwendet wurden wie im europäischen Antisemitismus.

Obwohl sich die Türkei seit Mustafa Kemal „Atatürk“ als säkularer Staat verstand, waren es auch in der Republik die kleinen Reste religiöser Minderheiten, die einen gewissen Minderheitenschutz genossen. KurdInnen, LazInnen und andere muslimische Minderheiten wurden nicht als solche betrachtet. Aber auch in der Minderheitenpolitik der arabisch dominierten „Nachfolgestaaten“ des Osmanischen Reiches schwingt noch teilweise das osmanische Millet-Konzept mit, wenn es um die Definition von Minderheiten geht. Sowohl Syrien als auch bis 2003 der Irak definierten sich als „arabische“ Staaten. Christliche Minderheiten genossen – sofern sie sich als „arabisch“ definierten – als Religionsgemeinschaften einen gewissen Schutz, nicht aber sprachliche Minderheiten wie KurdInnen oder TurkmenInnen. Für die ehemals jüdische Millet hatte der arabische Nationalismus nach der Staatsgründung Israels jedoch keinen Platz mehr. Der Nationalismus des 20. Jahrhunderts hat letzten Endes das alte System des Nahen Ostens nachhaltig verändert.

.....  
 Thomas Schmidinger ist Obmann von Wadi-Österreich, Flüchtlingsbetreuer, Vorstandsmitglied des Österreichisch-Irakischen Freundschaftsvereins „Iraquna“ und Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft in Wien.



# DER KAMPF UM ANERKENNUNG

## RELIGIÖSE UND ETHNISCHE MINDERHEITEN IN DER TÜRKEI

Wir fahren durch gebirgige Landschaft, entlang der iranisch-türkischen Grenze. Während sich der Wagen die holprige, steinige Straße zum nächsten Dorf hinaufarbeitet, betrachte ich die Landschaft. Hier in der Osttürkei ist die Lage nach jahrzehntelangem Konflikt zwischen der Kurdischen Arbeiterpartei PKK und dem türkischen Staat nach wie vor gespannt. Unzählige Straßensperren und Militärlager sollen an die Allgegenwart des Staates erinnern. Ebenso riesige Schriftzüge, die mit Steinen in den Fels gemeißelt oder gelegt sind: „Bir Halk, Bir Dil“ lese ich – „ein Volk, eine Sprache“, während aus dem alten Autoradio kurdische Musik tönt.

Immer wieder wurde die Türkei – vermehrt in den letzten Jahren und im Zusammenhang mit den EU-Beitrittsverhandlungen – wegen ihrer Minderheitenpolitik kritisiert. Was sind nun aber die Probleme und wo setzt die Kritik an?

Obwohl die Türkei UNO- und OSCE-Mitglied ist und somit verpflichtet wäre, sich deren Standards zu beugen, weigert sich der türkische Staat nach wie vor, all seine Minderheiten anzuerkennen und ihnen den nötigen Schutz und Rechte zuzusprechen.

Es leben geschätzte 20 Minderheiten in der Türkei. Die Türkei hat jedoch ein sehr „eingeeengtes“ Verständnis von Minderheiten und es existiert keinerlei Gesetz, das die Rechte von Minderheiten in der Verfassung verankert. Die Türkei sieht sich als homogenen Staat, das heißt, ein Volk (die TürkInnen) und eine Sprache (Türkisch). Allein Artikel 10 garantiert die Rechte aller StaatsbürgerInnen vor dem Gesetz, unabhängig von Sprache, Farbe, Geschlecht, politischer Einstellung und Religion.<sup>1</sup>

Es werden nur jene Minderheiten als solche anerkannt, die auch in einem internationalen Vertrag als Minderheiten anerkannt wurden: Der Lausanner Vertrag 1923 ist die einzige Quelle für die Anerkennung und den Schutz von Minderheiten. Hier regelte man nach der Kleinasiatischen Katastrophe den Austausch von GriechInnen und TürkInnen und sicherte den Verbleib nicht-muslimischer Gruppen auf türkischem Territorium.



Wäschewaschen in einem kurdischem Dorf an der iranisch-türkischen Grenze

Obwohl im Vertrag von nicht-muslimischen Gruppen die Rede ist, erkennt die Türkei de facto nur ArmenierInnen, GriechInnen und Juden/Jüdinnen als Minderheiten an. Hingegen müssen Assy-

Gebethäuser zu errichten und in eigenen Schulen die jeweilige Sprache zu unterrichten, kämpfen.

Die größte religiöse Minderheit mit 60.000 Mitgliedern stellen die armenisch-orthodoxen ChristInnen dar. Ursprünglich in der Osttürkei ansässig, lebt nun die überwiegende Mehrheit in und um Istanbul. Auch die 20.000 bis 26.000 Juden und Jüdinnen sowie 3.000 griechisch-orthodoxe ChristInnen leben zum Großteil in und um die Großstädte der Westtürkei. ChaldäerInnen und AssyrerInnen sind in Istanbul, aber vor allem in der Südosttürkei angesiedelt. Arabische ChristInnen leben vermehrt im Hatay, entlang der syrischen Grenze.

Ethnische Minderheiten haben in der Türkei überhaupt keine Rechte: Die Türkei versuchte mehrere Jahre, die verschiedenen ethnischen Gruppen zu turkifizieren. Azeris, LazInnen, AraberInnen der verschiedenen Religionen, GeorgierInnen und Roma sind nur einige wenige der vielen ethnischen Gruppen, die sich der intensiven Turkifizierung beugen sollten. Nicht immer ging dies ohne Widerstand vor sich.

Bekanntestes Beispiel sind wohl die KurdInnen. Mit geschätzten 15 Millionen sind sie mit Abstand die größte Minderheit in der Türkei mit einem ausgeprägten Nationalbewusstsein und schlagkräftigen Guerillatruppen. Sie stellen eine reale Bedrohung der homogenen Integrität der Türkei dar. Das ethnische Bewusstsein und der wachsende kurdische Nationalismus wurden bis Ende der 90er mit aller Gewalt unterdrückt und die Existenz der KurdInnen vollständig negiert. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts erhielten die KurdInnen aber vermehrt Zugeständnisse. Bis heute ist jedoch der Gebrauch der kurdischen Sprache an öffentlichen Schulen untersagt.

„Keine andere Sprache als Türkisch soll türkischen Staatsbürgern als Muttersprache in allen Bildungsstätten unterrichtet werden [...] der Unterricht von Fremdsprachen ist per Gesetz geregelt.“ (Artikel 42 der Türkischen Verfassung)

Obwohl sich die Gesetzeslage in den letzten Jahren geändert hat und zumindest Privatunterricht in den Sprachen der Minderheiten gestattet wurde, wird die Durchführung solcher Kurse de facto von türkischer Seite erschwert und oftmals verhindert. Auch LazInnen und CirkassInnen wird (Privat-)Unterricht in ihrer Sprache oft erschwert und untersagt.<sup>2</sup>

Mein Rücken tut mir weh – ich bin müde von den vielen Kurven und Schlaglöchern und der Staub reizt die Lungen... Wie lange es noch dauert, bis wir das Dorf erreicht haben? Und wie lange es wohl noch dauern wird, bis die gesamten Rechte aller Minderheiten auch de facto gesichert und umgesetzt werden können? Die internationale Gemeinschaft, besonders aber die EU versuchen, vermehrt Druck auf die Türkei auszuüben, um deren Minderheitenpolitik zu verbessern. Einiges – wie das Aufheben des Verbotes der kurdischen Sprache – hat sich gebessert, doch auch die Türkei hat noch einen langen, steinigen Weg vor sich.

.....  
**Nerina Weiss** ist Türkei-Referentin von WADI-Österreich. Sie ist Anthropologin, forschte zu „Grenze, Identität und Nationalismus in Zypern“ und arbeitet seit 2005 im Osten der Türkei an ihrer Dissertation.

<sup>1</sup> Kaya, Nurcan/Baldwin, Clive (2004): *Minorities in Turkey: Submission to the European Union and the Government of Turkey*

<sup>2</sup> ebenda

# SCHÜTZT ENGEL PFAU VOR TERROR?

## MINDERHEITEN IM HEUTIGEN IRAK

*Die Situation von ethnischen und religiösen Minderheiten hat sich seit dem Sturz des Baath-Regimes nicht gebessert. Ein Grund ist die zunehmende Islamisierung der Gesellschaft. Dabei sind die Grenzen zwischen „ethnisch“ und „religiös“ definierten Bevölkerungsgruppen fließend und die Zuschreibungen nicht selten machtpolitisch motiviert.*

### MINDERHEITEN IM IRAK – EIN ÜBERBLICK

Derzeit leben im Irak noch etwa eine Million ChristInnen unterschiedlicher Konfessionen, wobei der größte Teil der chaldäischen Kirche angehört, weiters gibt es Gemeinden von assyrischen, armenischen, griechisch-orthodoxen und lateinischen ChristInnen. Etwa ein Drittel (v. a. ChaldäerInnen und AssyrerInnen) lebt in den kurdisch verwalteten nordirakischen Provinzen, die übrigen vor allem in und um die Städte Mosul, Bagdad, Basra und Kirkuk.<sup>1</sup> Die AssyrerInnen verwenden, wie die MandäerInnen, noch Aramäisch als Liturgiesprache; viele verstehen sich als eigene Ethnie, ebenso wie die ArmenierInnen. Dass „die“ ChristInnen sehr heterogen sind und keine politische Einigung erzielen konnten, schlug sich auch in ihrer geringen Vertretung im nach ethnischem/konfessionellem Proporz aufgeteilten irakischen Parlament nieder. Bei den letzten Wahlen traten schlussendlich mehrere kleine christliche Parteien an, wobei nur die assyrisch-nationale Liste (al-Rafidain) ein Mandat erhielt. Im Rahmen anderer Listenverbände kamen aber auch weitere christliche KandidatInnen ins Parlament.

Etwa ein bis zwei Prozent der irakischen Gesamtbevölkerung sind Yezidi<sup>2</sup> – Angehörige einer Religionsgemeinschaft, die im Gegensatz zu Christen- und Judentum nicht als Buchreligion betrachtet wird (und damit nicht dem islamischen Schutzgebiet untersteht). Im Yezidentum gibt es auch eine schriftliche Überlieferung, die mündliche Tradierung spielt aber eine zentrale Rolle. Gott – Ezi oder Khuda – ist als höchstes Wesen sowohl Quelle des Guten wie des Bösen, der „Teufel“ im christlichen/islamischen Sinn existiert nicht. Trotzdem wurden/werden die Yezidi aufgrund einer Fehlinterpretation des siebten Engels („Engel Pfau“ oder Tausi-Melek), der mit dem „gefallenen Engel“ und somit dem Teufel gleichgesetzt wird, als „TeufelsanbeterInnen“ bezeichnet und verfolgt. Die meisten Yezidi leben in der zentralirakischen Provinz Ninive sowie in der kurdisch verwalteten Provinz Dohuk; auch in Mosul und Bagdad gibt es kleinere Gemeinden. Da sich die Mehrzahl der Yezidi als KurdInnen definiert – die übrigen bezeichnen sich als AraberInnen oder aber definieren sich auch ethnisch als Yezidi –, haben die kurdischen Parteien diese als politische Zielgruppe entdeckt.

Eine weitere religiöse Minderheit stellen die AnhängerInnen des Mandäismus<sup>3</sup> dar – die älteste noch existierende gnostische Religion, der Johannes der Täufer als Prophet gilt und in der das

<sup>1</sup> Zur Situation religiöser Minderheiten im Irak siehe UNHCR-Bericht vom Oktober 2005: <http://www.unhcr.de>

<sup>2</sup> siehe dazu: Dulz, Irene/Hajo, Siamend/Savelsberg, Eva: Verfolgt und umworben: Die Yeziden im „neuen Irak“. In: *Kurdische Studien* 4+5 (2004/2005), Zeitschrift der Berliner Gesellschaft zur Förderung der Kurdologie

<sup>3</sup> Einen ausführlichen Bericht über Mandäer im Irak siehe unter <http://www.gfbv.de>

Taufritual in einem Fließgewässer ein zentrales Element darstellt. Heute leben Schätzungen zufolge nur mehr etwa 13.000<sup>4</sup> MandäerInnen im Irak, vor allem in Bagdad, Basra, Amara und Nasirija.

Das ca. 2.600 Jahre alte jüdische Leben im Irak ist nach jahrzehntelanger Verfolgung praktisch nicht mehr existent. Es leben noch etwa 20 Juden/Jüdinnen in Bagdad, die sich aufgrund des herrschenden Vernichtungs-Antisemitismus nicht frei bewegen können.

Zu den ethnischen Minderheiten im Irak zählen die Marsch-AraberInnen bzw. Mada'an, die das Sumpfland des südirakischen Schatt al-Arab bewohn(t)en, bis Saddam Hussein weite Teile des Marsches trocken legen ließ und hunderttausende Menschen vertrieb oder ermordete – bis heute konnten die meisten der Vertriebenen nicht zurückkehren, sondern leben unter prekären Bedingungen in den Städten. Die meisten der zwischen 250.000 und 500.000 noch im Irak lebenden Mada'an sind MuslimInnen.

Die türkischsprachige Minderheit der TurkmenInnen lebt zwischen den kurdischen Provinzen und dem arabisch besiedelten Flachland, wobei insbesondere zu den KurdInnen Rivalitäten bestehen. Die ölreiche Stadt Kirkuk z. B. wird sowohl von kurdischer als auch von turkmenischer Seite beansprucht. Daher stellen die Angaben über Bevölkerungszahlen auch hier ein Politikum dar: Während die türkische Regierung, die ein Interesse an der Verhinderung eines KurdInnenstaates hat, von ca. 2,5 Millionen TurkmenInnen im Irak spricht, wird deren Zahl von kurdischen Behörden auf etwa 700.000 geschätzt. Im Nordirak gibt es Schulen, Zeitungen und Fernsehberichte in türkischer Sprache, die Partei „Turkmenische Front“ erreichte drei Sitze im Parlament.

Die kleine Minderheit der Shabak lebt größtenteils in der Provinz Ninive. Über ihre Religionszugehörigkeit gibt es unterschiedliche Angaben: Manche bezeichnen sie als eine schiitische Sekte, bei genauerer Betrachtung jedoch handelt es sich um eine eigene Religionsform, die islamische und andere Elemente vereint. Sie sprechen eine eigene Sprache, Shabaki, aber ihre ethnische Zugehörigkeit war und ist umkämpft. Unter dem Baath-Regime waren sie gezwungen, sich entweder als KurdInnen oder als AraberInnen zu deklarieren, wobei viele Ersteres wählten und daraufhin vom Regime verfolgt und deportiert wurden. Nach dieser Erfahrung der Verfolgung durch „die“ Araber dürfte die Identität als ethnische Gruppe erodiert sein und bei vielen die kurdische Identität gestärkt haben,<sup>5</sup> trotzdem stellt die Frage der Zugehörigkeit weiterhin ein Politikum dar.

Auch die Ethnizität der Kakai (bzw. Ahl-i Haqq) ist umstritten: sie wurden immer wieder von turkmenischer, kurdischer und arabischer Seite vereinnahmt. Linguistisch betrachtet haben sich die Kakai jedenfalls stets an ihre NachbarInnen angepasst und verwenden im Alltag Kurdisch, Turkmenisch oder Arabisch. Macho, ihre eigene Sprache, sprechen sie zum Teil noch

<sup>4</sup> Im Jahr 1970 wurde die Zahl der im Irak lebenden MandäerInnen auf etwa 30.000 geschätzt.

<sup>5</sup> vgl. Leezenberg, Michiel: *The Shabak and the Kakais in Northern Iraq*. In: Kehl-Bodrogi, Krisztina, u.a.: *Syncretistic Religious Communities in the Near East*. Brill, Leiden 1997



unter sich oder auch nur mehr als rituelle Sprache. Religiöse Angelegenheiten der Kakai werden weitgehend geheim gehalten; es bestehen gewisse Ähnlichkeiten zum Glaubenssystem der Shabak: Beide werden als eine Art Sufiorden gesehen, deren gesellschaftliche Organisationsformen von der sozialen und religiösen Hierarchie geprägt sind.

#### PREKÄRE SICHERHEITSLAGE

Insbesondere unter dem Baath-Regime wurden tausende Angehörige der verschiedenen Minderheiten Opfer der Arabisierungspolitik Saddam Husseins, wurden vertrieben, ermordet oder in leichter kontrollierbare „Collective Towns“ umgesiedelt. Ziel der Baathisten war die Schaffung eines einheitlichen arabisch-irakischen Staatsvolks durch Zwangsassimilation. Im Zuge dessen wurden vermeintliche oder tatsächliche GegnerInnen des Regimes, also auch Minderheiten, die sich nicht als „AraberInnen“ sahen, massenweise in von der baathistischen Armee kontrollierte „Collective Towns“ deportiert.

Allerdings hat sich einem Bericht des UNHCR vom Oktober 2005 zufolge die Situation von Angehörigen nicht-muslimischer Religionsgemeinschaften seit dem Sturz des Baath-Regimes 2003 nicht verbessert, sondern insgesamt spürbar verschlechtert. Es kommt immer wieder zu Anschlägen und Übergriffen gegen Angehörige von Minderheiten oder deren religiöse Einrichtungen. Insbesondere in Mosul und Bagdad ist die Situation sehr unsicher. Die Gründe der Verfolgungen sind – neben alle IrakerInnen treffenden kriminell motivierten Übergriffen – sowohl religiöser als auch politischer Art. Direkte religiöse Motive stehen meist in Zusammenhang mit der Einnahme von islamischen Verhaltensregeln wie Bekleidungs Vorschriften oder Verbot von Alkoholkonsum. Öffentliche Einschüchterungsmaßnahmen in Form von Hetzpredigten gegen die „Ungläubigen“ oder Plakat- und Flugblattaktionen, auf denen zu „islamischem“ Verhalten und nicht selten zur Tötung von Nicht-MuslimInnen aufgefordert wird, kommen vor allem während des Ramadan gehäuft vor.<sup>6</sup>

Frauen sind besonders von der Zunahme des islamistischen Fundamentalismus betroffen. Viele Nicht-Musliminnen verschleiern sich mittlerweile in der Öffentlichkeit, aus Angst aufzufallen, oder gehen überhaupt nicht mehr auf die Straße. Immer wieder kommt es zu Entführungen und Vergewaltigungen nicht-muslimischer Frauen. Auch für Studentinnen hat sich das Klima in vielen Teilen des Irak deutlich verschlechtert. Im Frühling 2005 verließen 1.500 Studentinnen aufgrund von anhaltenden Drohungen und Flugblattkampagnen die Universität von Mosul.

GegnerInnen des Demokratisierungsprozesses schieben vermeintlich politische Motive vor, indem sie v. a. ChristInnen und Yezidi kollektiv der „Kollaboration“ mit den Koalitionstruppen und des „Verrats am irakischen Volk“ bezichtigen. Direkte politische Motivationen stecken hinter Übergriffen, die von AnhängerInnen und FunktionärInnen der kurdischen Parteien PUK und v. a. der KDP gegen AssyrerInnen und Yezidi verübt werden. Dabei geht es um territoriale Ansprüche: Teile der Ninive-Ebene sollen der benachbarten Provinz Dohuk eingegliedert werden und auch in Kirkuk geht es um die

6 So war z.B. im Mai 2004 auf Plakaten in Mosul zu lesen: „Es ist rechtens [arab.: halāl] Yeziden wie Juden zu töten, so wie es rechtens ist Christen und Amerikaner zu töten.“

demographische Untermauerung des kurdischen Anspruchs auf die Stadt. Ebenso wird von kurdischer Seite versucht, die Shabak für sich zu vereinnahmen, um den östlichen Teil Mosuls beanspruchen zu können.

Aufgrund dieser prekären Sicherheitslage und der Unfähigkeit der staatlichen Institutionen, den Schutz der StaatsbürgerInnen zu gewährleisten, flüchten immer mehr Angehörige sämtlicher Minderheiten ins benachbarte oder europäische Ausland.

Selbst wenn Übergriffe einmal zur Anzeige gebracht werden, fehlt ein funktionsfähiges Justizwesen. Zudem sind laut UNHCR-Bericht auch immer öfter staatliche Behörden an Diskriminierungen von Minderheiten beteiligt.

In der irakischen Verfassung wird zwar der Islam als Staatsreligion festgeschrieben, aber allen irakischen StaatsbürgerInnen wird die Glaubens-, Religions- und Gewissensfreiheit garantiert.

Trotzdem zeigt sich in der Praxis, dass die freie Religionsausübung aus Angst vor Anschlägen erheblich eingeschränkt wird. So konnte das wichtigste yezidische Fest der Versammlung, das jeden Oktober im Lalischtal in der eigentlich „sicheren“ Provinz Dohuk stattfindet, in den letzten Jahren nur sehr eingeschränkt durchgeführt werden, da sich nur sehr wenige Menschen trautes, durch muslimisches Gebiet anzureisen und auch die hohen yezidischen Würdenträger aus Angst vor Übergriffen nicht teilnahmen.



*Einer der von den Giftgasangriffen gezeichneten Bäume bei Halabja, die als Symbol für die KurdInnen gelten*

Am irakischen Verfassungstext wird aber auch ganz grundsätzlich kritisiert, dass keine Trennung zwischen Staat und Religion besteht, sondern der Islam eine Grundlage der irakischen Gesetzgebung darstellt und dass keine ausreichenden Garantien zum Schutz von nicht-islamischen Religionen enthalten sind. Eine Verpflichtung zur Einhaltung internationaler Menschenrechtsstandards fehlt ebenso.

Der Ethnisierungs- und Islamisierungsprozess in der Gesellschaft und den politischen Institutionen und die allmähliche Dezentralisierung des Staates mit der damit einhergehenden Stärkung der Clanstrukturen, in die Angehörige kleinerer Bevölkerungsgruppen ungleich schwächer eingebunden sind, scheinen demnach für Minderheitenrechte wenig Platz zu lassen.

Der Ethnisierungs- und Islamisierungsprozess in der Gesellschaft und den politischen Institutionen und die allmähliche Dezentralisierung des Staates mit der damit einhergehenden Stärkung der Clanstrukturen, in die Angehörige kleinerer Bevölkerungsgruppen ungleich schwächer eingebunden sind, scheinen demnach für Minderheitenrechte wenig Platz zu lassen.

.....

**Alicia Allgäuer** ist diplomierte Sozialarbeiterin und studiert zur Zeit Politikwissenschaften in Wien. Sie ist Mitglied von Wadi Österreich, Sektion Vorarlberg.



## INTERNATIONAL

**Flaggenstreit im Irak** – Im September eskalierte im Irak der Flaggenstreit zwischen der von Masud Barzani geführten kurdischen Regionalregierung und der irakischen Regierung. Barzani hatte öffentlich beschlossen in Zukunft nur noch die kurdische Fahne auf Amtsgebäuden im Kurdischen Autonomiegebiet zu hissen. De facto war dies auch schon bisher im von der PDK kontrollierten Teil Irakisch-Kurdistans der Fall. Lediglich die PUK hatte beide Fahnen gehisst, wobei bei der irakischen Fahne meist jene ohne die von Saddam Hussein eingeführte Aufschrift „Gott ist der Größte“ verwendet wurde. Barzanis demonstrative Ankündigung wurde jedoch von vielen arabischen IrakierInnen als Provokation gewertet, was zu einem Streit um die irakische Fahne und die Verwendung eigener nationaler Symbole für das kurdische Autonomiegebiet eskalierte.

**Deutschsprachige Schule in Irakisch-Kurdistan** – Im Schuljahr 2006/2007 soll die erste deutschsprachige Schule in Irakisch-Kurdistan eröffnen. Zur Zeit wird über die irakische Botschaft in Berlin bereits nach LehrerInnen gesucht. Gerade durch RückkehrerInnen aus Deutschland und Österreich ist die Notwendigkeit eines zweisprachigen Schultypus in Irakisch-Kurdistan deutlich geworden. Die Schule wird sich am deutschen und irakischen Schulsystem orientieren. RückkehrerInnen aus Österreich planen seit längerem auch eine österreichische Schule zu errichten, was bisher jedoch von österreichischer Seite auf wenig Interesse gestoßen ist. Ein zweisprachiger Kindergarten befindet sich in Sulemaniya jedoch in Planung. Auch hierfür suchen die InitatorInnen jedoch noch nach GeldgeberInnen.

**George Galloway als Redner auf Islamistendemo** – Der aus der Linken kommende britische Parlamentarier George Galloway, dessen Name bereits auf den Listen der Ölgutscheinempfänger Saddam Husseins auftauchte, hat sich nun als Redner auf einer Demonstration zum „al-Quds-Tag“ in London angekündigt. Veranstalter der Demonstration sind neben der radikalislamistischen Hizb ut-Tahrir auch eine Reihe anderer islamistischer Gruppierungen. Bei den weltweit stattfindenden „Al-Quds“-Aufmärschen, die der iranische Revolutionsführer Khomeini 1979 begründet hatte, wird zur Vernichtung Israels aufgerufen.

**Genozidale Verfolgung in Darfur dauert an** – Nach UNO-Angaben kommt es in der westsudanesischen Provinz Darfur weiterhin zu Überfällen auf die Zivilbevölkerung. Allein im Süddarfur seien bei mehrtägigen Angriffen mehrere Hundert Sudanesen getötet worden, teilte die Hochkommissarin für Menschenrechte, Louise Arbour, in Genf mit. Dabei hätten Ende August bis zu 1.000 Bewaffnete 45 Dörfer zerstört. Die regierungsnahen Milizen wäre dabei offenbar logistisch von Regierungstruppen unterstützt worden, heißt es im UNO-Bericht zu den Vorfällen. Die brutale Repression gegen Guerillagruppen und die genozidale Verfolgung ganzer Bevölkerungsgruppen dauert in Darfur trotz geringerer Anteilnahme der Weltöffentlichkeit weiter an. Seit 2003 wurden nach UN-Schätzungen in Darfur rund 400.000 Menschen getötet und drei Millionen vertrieben.

**Sperranlage zwischen Saudi-Arabien und Irak** – Saudi-Arabien will nach Aussage des saudischen Vize-Innenministers Prinz Ahmed eine Sperranlage entlang seiner 560 Kilometer langen Grenze zum Irak errichten, um das Einsickern von Terroristen in das Königreich zu verhindern. Die Anlage aus Sperrwänden mit elektronischen Sensoren und Wachtposten werde umgerechnet fast 400 Millionen Euro kosten und soll in Absprache mit der irakischen Regierung errichtet werden. Diese hatte immer wieder umgekehrt das Einsickern saudischer Selbstmordattentäter in den Irak beklagt. Mit ihrer Fertigstellung werde in fünf bis sechs Jahren gerechnet. Im Gegensatz zur israelischen Sperranlage gegenüber den Palästinensergebieten, scheint die Sperranlage zwischen Saudi-Arabien und dem Irak zu keinerlei regionalen oder internationalen Protesten zu führen.

## ÖSTERREICH

**Österreichisch-Kurdische Gesellschaft gegründet** – Mit der Gründung der Österreichisch-Kurdischen Gesellschaft für Wissenschafts- und Kulturaustausch wollen einige österreichische und kurdische AktivistInnen, Kulturschaffende und Intellektuellen den Austausch zwischen Österreich und den unterschiedlichen Teilen Kurdistans fördern. Am 12. 11. präsentiert dort auch Wadi seine Projekte. Weitere Infos: [www.ok-gesellschaft.at](http://www.ok-gesellschaft.at)

**Irakis protestieren gegen VA-Tech in der Türkei** – Der Österreichisch-Irakische Freundschaftsverein Iraquana protestierte gegen den geplanten Bau des Ilisu-Damms in der Türkei, der große Teile des oberen Tigris-Tals unter Wasser setzen würde. „Unabhängig von den ökologischen und sozialen Problemen in der unmittelbar betroffenen Region, würde auch der Irak unter diesem Vorhaben leiden“, erklärt Iraquana-Obmann Ali Al Zahid und machte damit die Ablehnung des von einem Konsortium unter Leitung der österreichischen VA Tech Hydro geplanten Projekts deutlich.

**Politische Parteien zur EZA** – Im Vorfeld der Nationalratswahlen nahmen Mitte September auf Einladung des Forum Nachhaltiges Österreich, der Arbeitsgemeinschaft EZA und des Ökobüros Vertreter von ÖVP, SPÖ, Grünen, KPÖ und der Liste Hans Peter Martin zu Fragen der Nachhaltigkeit und Entwicklungszusammenarbeit Stellung. SPÖ und Grüne befürworteten das Erreichen eines EZA-Anteils von 0,7 Prozent des BIP bis 2015. Die ÖVP stimmte dem grundsätzlich zu, verwies aber auf budgetäre Probleme. Die KPÖ schlug eine Deglobalisierung vor, da der Freihandel nicht in der Lage sei, die Armut in den Entwicklungsländern zu bekämpfen.





# ZWISCHEN REGIME UND OPPOSITION

## ETHNISCHE UND RELIGIÖSE MINDERHEITEN IN SYRIEN

In Syrien leben, neben der arabisch-sunnitischen Mehrheit, diverse religiöse und ethnische Minderheiten. Zu ihnen zählen circa 12 Prozent alawitische MuslimInnen, 10 Prozent ChristInnen, 4 Prozent DrusInnen, 1 Prozent IsmaelitInnen, um die 60.000 schiitische MuslimInnen und ca. 200 Juden und Jüdinnen. An ethnischen Minderheiten sind vor allem die KurdInnen zu nennen, ihre Zahl ist umstritten, dürfte aber bei 10–15 Prozent liegen. Außerdem gibt es eine – deutlich geringere – Anzahl ArmenierInnen, AssyrerInnen, TurkmenInnen und TscherkessInnen. Die Mehrheit der KurdInnen sind sunnitische MuslimInnen, eine kleine Minderheit ist yezidischen Glaubens.

Die Lage der einzelnen Minderheiten ist höchst unterschiedlich. So spielen die AlawitInnen bis heute eine Schlüsselrolle im Staat: Der frühere Präsident Hafiz al-Assad, selbst alawitischen Glaubens, besetzte zentrale Positionen in Militär und Geheimdienst mit Angehörigen dieser Gruppe. So entstand eine kleine Machelite, die ihren Einfluss verwandtschaftlicher Nähe und unbedingter Loyalität gegenüber dem Präsidenten verdankt. Viele ChristInnen, aber auch DrusInnen und IsmaelitInnen, betrachten die Vorherrschaft der AlawitInnen als Garant ihrer Sicherheit und ziehen sie einer sunnitisch dominierten Herrschaft vor. Tatsächlich leben Angehörige religiöser Minderheiten in Syrien unbehelligter als in vielen anderen islamischen Staaten.

Ideologisch setzt das Regime auf einen (pan-)arabischen Nationalismus, der ethnische Minderheiten als Gruppen mit eigenen Rechten ausschließt. Zum Konflikt ist es darüber allein mit den KurdInnen gekommen, kurdisches Bewusstsein wird – nicht erst seit der Entstehung eines quasi-autonomen kurdischen Staates im Irak – als separatistische Gefahr betrachtet. Vor diesem Hintergrund erklären sich Repressionen wie die willkürliche Ausbürgerung von über 120.000 KurdInnen im Jahr 1962 – eine Maßnahme, die bis heute nicht rückgängig gemacht wurde. Auch die aktuelle syrische Sprachpolitik diskriminiert die kurdische Minderheit: Kurdisch darf weder in staatlichen Schulen noch in privaten Einrichtungen gelehrt werden. Der Unterricht von Armenisch, Assyrisch und Hebräisch, den Sprachen der religiösen Minderheiten, ist hingegen im privaten Kontext gestattet.

Die Solidarität zwischen den Angehörigen verschiedener christlicher Konfessionen und den KurdInnen, die in den 1930er Jahren gemeinsam gegen einen syrisch-arabischen Einheitsstaat protestierten, gehört lange der Vergangenheit an. Schon VertreterInnen der damaligen französischen Mandatsmacht hatten den ChristInnen nahe gelegt, sich besser mit der arabischen Mehrheit des Landes gut zu stellen, um so ihr Überleben in einem überwiegend muslimischen Staat zu sichern. Obgleich es, besonders in Großstädten wie Damaskus, auch vollständig in die arabische Gesellschaft integrierte KurdInnen gibt, sind diese derzeit die einzige Minderheit mit nennenswertem oppositionellen Potential gegen das Baathregime.

.....  
**Eva Savelsberg** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Europäischen Zentrums für Kurdische Studien in Berlin. Sie erstellt Gutachten für deutsche Verwaltungsgerichte zur politischen und sozialen Lage in Syrien und im Irak und ist Mitherausgeberin der Zeitschrift Kurdische Studien sowie der Reihe Kurdologie.

**Syrien und die Kurden. Vom Osmanischen Reich bis in die Gegenwart** (Hajo/Borck/Savelsberg/Kemmerich (Hg.), Unrast, Münster, 2006)

Während es inzwischen eine Vielzahl an Publikationen über die KurdInnen in der Türkei und im Irak gibt, ist das Thema „KurdInnen in Syrien“ weitestgehend unbearbeitet. Obwohl die Zahl kurdischer AsylwerberInnen aus Syrien steigt, ist nur wenig bekannt über die Repressionen, denen KurdInnen im Syrien ausgesetzt sind. Mit dem neuen Sammelband liegt nun erstmals ein Buch zu diesem Thema vor, das auch einen Beitrag zu syrisch-kurdischen AsylwerberInnen in Österreich enthält.



**Menschenrechtsverletzungen in Iran und Sudan** (Tobias Keil, Tectum, Marburg, 2006)

Tobias Keil setzt sich in seinem Buch nicht nur mit Menschenrechtsverletzungen in zwei von unterschiedlichen Fraktionen von Islamisten regierten Staaten auseinander, sondern untersucht auch, ob die Bezugnahme auf ein politisches Islamverständnis durch beide Regierungen Ursache dieser Menschenrechtsverletzungen ist.



**Vom alten Orient zum Nahen Osten** (Steffelbauer/Hakami (Hg.), Magnus, Essen, 2006)

Indem sie die Geschichte dieser so wichtigen Weltregion beleuchten, leisten die hier versammelten Autoren einen wichtigen Beitrag zum Verständnis auch unserer eigenen Begriffsgeschichte. Der Bogen spannt sich dabei von der alten Geschichte der Region bis zur gegenwärtigen politischen Entwicklung und enthält Beiträge von Historikern, Orientalisten, Geographen und Politikwissenschaftlern mit sehr unterschiedlicher Ausrichtung.



**Journal: Kurdische Studien**

Das Europäische Zentrum für Kurdischen Studien in Berlin gibt mit den „Kurdischen Studien“ das einzige wissenschaftliche Journal zum Thema in deutscher Sprache heraus. Die „Kurdischen Studien“ erscheinen halbjährlich, teilweise auch als Doppelnummern. Ein Muss für alle, die sich auf wissenschaftlicher Basis mit KurdInnen und Kurdistan beschäftigen wollen. [www.kurdologie.de](http://www.kurdologie.de)



# ENDLICH VORBEI: DER WAHLKAMPF

Die Wahl 2006 ist vorbei und Wolfgang Schüssel ist nicht der Einzige, den das Ergebnis alles andere als begeistert. Dass gleich zwei Parteien mit insgesamt rund 15 % der Stimmen ins Parlament gewählt wurden, deren einziges Wahlkampfthema in rassistischer Hetze bestand, ist schockierend. Die unmöglichen Listen-Ersten dieser Gruppierungen, Westenthaler und Westentaschen-Westenthaler Strache, beschränkten sich auf „Ausländer raus!“ und „Daham statt Islam“. Westenthaler kramte zwar noch im Zuge der Kampusch-Affäre das Kinderschänder-Thema aus der Schmutzbox hervor, doch dieses spielte keine entscheidende Rolle. Und den in den 90er Jahren von der Haider-FPÖ noch propagierten Kampf gegen Proporz und Privilegien ließen FPÖ und BZÖ diesmal gänzlich beiseite, wohl weil man in den letzten Regierungsjahren selbst reichlich in den Genuss der Freunderlwirtschaft gekommen war.

Schlimm ist, dass wir fleißigen und anständigen SteuerzahlerInnen, ungeachtet unserer religiösen oder politischen Einstellungen oder Herkunft, den plakatierten Rassismus im Zuge der Wahlkampfkostenrückerstattung auch noch bezahlen müssen. Immerhin zwei Millionen Euro lukrieren FPÖ und BZÖ allein für diese Nationalratswahl. Es wäre doch begrüßenswert, wenn man in Hinkunft rassistische Wahlwerbung von der Finanzierung durch den Staat ausnehmen würde. Es kann nicht sein, dass für Köstlichkeiten wie Alkohol und Zigaretten nicht geworben werden darf, rassistische Hetze aber sogar staatlich gefördert wird.

*Wenn unser voraussichtlich nächster Kanzler der Meinung ist, Zuwanderung sei ein Privileg, muss man ihm energisch widersprechen: Nach Österreich zuzuwandern ist für viele Menschen eine (Über-)Lebensnotwendigkeit.*

Wie dem auch sei: Wenigstens ist der Wahlkampf vorbei. Zeitweise wusste man ja schon nicht mehr, was mehr nervt: das Gekreische der Halbstarcken oder die vernünftigen, maßvollen, geduldigen, höflichen, gewogenen und sonst was Worte ihrer demokratischen Konkurrenz. Denn wenn unser voraussichtlich nächster Kanzler der Meinung ist, Zuwanderung sei ein Privileg, muss man ihm energisch widersprechen: Ein Privileg ist es, hier geboren zu sein und nicht etwa im Irak oder der Sahel-Zone; nach Österreich „zuzuwandern“ ist für viele Menschen eine (Über-)Lebensnotwendigkeit. Aus Jux und Tollerei hat kaum jemand die Schubhaft – vormals als Asyl bekannt – beantragt. Und jenen, die der Meinung sind, die „Inländer“ seien unterprivilegiert, steht es frei, ihren Reisepass zu verbrennen, sich selbst bei der Fremdenpolizei anzuzeigen und fortan das abenteuerliche Lotterleben von AsylwerberInnen oder „Illegalen“ zu führen.

Alexander van der Bellen ließ „Es geht auch ohne Ausländerhetze“ plakatieren und mich beschlich dabei ein mulmiges Gefühl. Was geht auch ohne Ausländerhetze? Was meint er bloß damit? Zweifellos kann man Menschen einsperren und abschieben, ohne sie auch noch zusätzlich zu beschimpfen...

.....  
**Thomas Rammerstorfer** ist Altenfachbetreuer und Mitarbeiter von WADI Oberösterreich. Zuletzt arbeitete er im Rechercheteam für das Buch „Festung Europa“ (Corinna Milborn, 2006).

**Impressum: MedieninhaberIn, HerausgeberIn:** WADI – Verband für Krisenhilfe und solidarische Entwicklungszusammenarbeit, Schottengasse 3a/1/59, 1010 Wien. Tel.: 0699-11365509. wadi.wien@gmx.at, www.wadinet.at **Redaktion:** ebendort **Verlagsort:** Wien **Herstellungsort:** Rankweil **Fotos:** Wadi **Postanschrift:** Postfach 105, A-1181 Wien. **Ländersektionen:** Sektion Oberösterreich: wadi.ooe@wadinet.at; Sektion Vorarlberg: wadi.vorarlberg@wadinet.at; Sektion Kärnten: wadi.kaernten@wadinet.at **HerstellerIn:** ABC-Druck Rankweil **Layout:** Erik Fürst, Ines Garnitschnig **Offenlegung nach §25 MedienG.:** Das periodische Druckwerk „Wadi-News“ ist zu 100 % im Eigentum des Vereins WADI – Verband für Krisenhilfe und solidarische Entwicklungszusammenarbeit, der zum Zeitpunkt dieser Offenlegung durch den Vorstand, I. Garnitschnig, M. Kreutzer und T. Schmidinger, vertreten wird. **Spendenkontonummer:** Evangelische Kreditgenossenschaft eG, 07.405.301. BLZ 31800. IBAN: AT10 3180 0000 0740 5301. BIC: EVKRAW1

# WELS SPENDET PLASMA.

## Plasmaspenden ist nicht umsonst!

Kommen Sie in unser Plasmazentrum, Sie werden ärztlich betreut und als Dankeschön erhalten Sie 20,- Euro pro Spende für Ihren Zeitaufwand.

### PLASMAZENTRUM WELS

Pollheimerstraße 15, 4600 Wels

Telefon: 0 72 42 / 4 36 36

E-Mail: wels\_plasma@baxter.com

### Öffnungszeiten:

Montag und Donnerstag 08:00 - 20:00 Uhr

Dienstag und Mittwoch: 09:00 - 19:00 Uhr, Freitag: 08:00 - 18:00 Uhr

Parkmöglichkeit vorhanden, gratis Kinderbetreuung!



[www.plasmazentrum.at](http://www.plasmazentrum.at)

Mary Ann Bouzek  
geboren 1977 auf den Philippinen  
Dipl. Kranken- und Gesundheitsschwester

Andrea Eder  
geboren 1977 in Salzburg  
Dipl. Kranken- und Gesundheitsschwester

betreut im Jahr  
**900\* PatientInnen**

betreut im Jahr  
**900\* PatientInnen**

# für Wien.



**Wien ist Leistung, Vielfalt, Weltstadt.**

Das Magazin 'Welt&Stadt' kann man jetzt gratis bei der [wien.at](http://wien.at) LeserInnenhotline 277 55 bestellen.

Eine Initiative der **Wiener Integrationsstadträtin Sonja Wehsely**

**Stadt+Wien**  
Wien ist anders.